Nachts eingegangen.
(Nur in einem Theile der Auflage.)

Plauen i. V., 15. Nov. Der des Mordes an der fünfjährigen Tochter des Gendarm Rauft in Pausa angeklagte Handarbeiter Friedrich Gottlieb Stöckig von Mühltroff, zuletzt in Pausa wohnhaft, wurde vom Schwurgericht zum Tode verurtheilt.

Dresdner Nachrichten

34. Jahrgang.
Aufl. 47,000 Stück.

G. L. Daube & Co., Dresden, Zwingerstraße 17/18,
Central-Annoncen-Expedition.
Billigste und prompte Beförderung von Anzeigen in alle Zeitungen aller Länder. Ausnahmspreise bei grösseren Aufträgen.

Dresden, 1889.

N. Salm
Special-Fabrik geprägter Siegel-Marken
Plauen b. Dr.
Kaiserstrasse 17
(Fernsprechanschluss 1141)
empfiehlt ganz besonders geprägte Packetverschluss- und Schutz-Marken, sowie Signirschablonen, alle Gattungen Farbstempel u. Gravir-Arbeiten jeder Art.

R. D. Fabricius
38 Pragerstr. Photograph.-artist. Atelier Pragerstr. 38
Porträts, Gruppen- und Kinder-Aufnahmen in jeder Grösse. Vergrösserungen nach jedem kleinen Bilde bis Lebensgrösse. Vorzügliche Ausführung, mässige Preise.

MATTONI's GIESSHÜBLER feinster alkalischer SAUERBRUNN
Bestes Tisch- u. Erfrischungsgetränk, erprobt bei Husten, Halskrankheiten, Magen- u. Blasenkatarrh.
HEINRICH MATTONI in Giesshübl-Puchstein b. Karlsbad.

Wilh. Böhme, Scheffelstr. 6
empfiehlt in grösster Auswahl die elegantesten
Winter-Ueberzieher-Stoffe
in allen denkbaren Farben zu billigsten Preisen.

Kameelhaardecken. W. Metzler, Kameelhaardecken.
Altmarkt 9. Fernsprechstelle 3379.

Nr. 319. Spiegel: Postgebäude in Frankfurt, Eröffnung der französischen Kammer. Hofnachrichten, Kgl. Gastafel, Landtagsverhandlungen. „Eine Schlacht der Zukunft", Bogenschützengesellschaft. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. Concert Kleeberg. Lotterieliste. **Freitag, 15. November.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Steren in Dresden

Eine hart umstrittene Forderung im Postwesen bildet — das kaiserliche Absteigequartier in Frankfurt a. M. Das hängt nämlich so zusammen. Bei der Einverleibung Frankfurts in Preußen ging auch das Gebäude der fürstlich Thurn- und Taxis'schen Postverwaltung in den Besitz des preußischen Staates über. In diesem Postgebäude befanden sich auch eine Anzahl Gemächer, die den früheren Deutschen Kaisern, wenn sie nach Frankfurt kamen, als Absteigequartier dienten. Das hatte einen sehr guten Sinn zu einer Zeit, als es noch keine Eisenbahnen gab und die vornehmen Herren mittelst Extrapost reisten. König Wilhelm behielt sich in dem Frankfurter Postgebäude auf der Zeil 1866 das erste Stockwerk vor, das zur Aufnahme des Königs- (jetzigen Kaiser-)Paares eingerichtet wurde, für das Gefolge wurde im Bedarfsfalle das benachbarte Hotel de Russie in Anspruch genommen. Nun wird jetzt das Frankfurter Postgebäude umgebaut; das benachbarte Hotel ist vom Reiche bereits für 1,600,000 Mk. angekauft worden, das niedergerissen wird, um einen den Zwecken des gewaltigen Frankfurter Postverkehrs entsprechenden Neubau aufführen zu können. Es fragt sich nun, was mit der kaiserlichen Wohnung in der Post geschehen soll? Dr. v. Stephan schlägt den Bau eines Postgebäudes vor, der 2½ Mill. Mk. kosten soll. Einen sehr erheblichen Theil dieser großen Kosten würde der Einbau des kaiserlichen Absteigequartiers in die neue Post verursachen. Die Baupläne gehen in's Großartige. Schon entstellt die Opposition den Thatbestand dahin, als würde außer einem Kaiserschiff auch noch ein neuer Kaiserpalast verlangt. Und doch handelt sich's nur um eine neue Frankfurter Post, bei der die in der alten eingebaute Kaiserwohnung etliche Schwierigkeiten verursacht. Der Widerspruch gegen die Großartigkeit der ganzen Anlage ist sachlich durchaus berechtigt. Seltsam dabei ist der Umstand, daß die Hofverwaltung von diesem Neubau gar Nichts wissen will; das gegen früher viel mehr erweiterte kaiserliche Absteigequartier müßte auf Kosten der Hofverwaltung neu hergerichtet und mit Möbeln ausgestattet werden; diese nicht unbeträchtlichen Ausgaben scheut aber die Hofverwaltung. Es ist ihr also an der Ueberweisung einer neuen Wohnung gar Nichts gelegen. Ganz unberührt von dem Umbau des bisherigen Postgebäudes kann die darin eingebaute kaiserliche Wohnung nicht bleiben. Was ist da zu machen? Der Kaiser verfügt als König von Preußen in der Nähe von Frankfurt über eine ungewöhnlich große Anzahl von ehemaligen nassauischen und hessischen Fürstenschlössern, die sämmtlich mittelst kurzer Eisenbahnfahrt leicht zu erreichen sind. Eine längere Hofhaltung in Frankfurt steht ja doch nicht in Aussicht. Der Kaiser wird immer nur 1—2 Tage dort verweilen. Da empfiehlt sich denn doch nicht, den Umbau der Frankfurter Post um viele Hunderttausende zu vertheuern.

Lange hat sich Frankreich nicht einer solchen Ruhe zu erfreuen gehabt, wie in den letzten Wochen. Es war ein förmliches Stillleben. Seit den Wahlen glich Frankreich einer glücklichen Familie. Der glänzende Verlauf, der eindrucksvolle Schluß der Weltausstellung, fesselten allem die Aufmerksamkeit der Franzosen. Wenn einzelne hervorragende Abgeordnete die gänzlich ereignißlose Zeit durch politische Reden unterbrachen, so behandelten zwar die Zeitungen diesen Stoff bis zur Erschlaffung, das Volk nahm jedoch daran nur geringen Antheil. Seit Dienstag ist dies anders. Die neugewählte Kammer ist zusammengetreten. Sie lenkt die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich. Große Hoffnung knüpft die Bevölkerung an die Arbeit seiner Vertreter. Das Land ist der öden Parteikämpfe der letzten Kammer, ihrer ewigen Ministerstürzereien müde; es verlangt nützlichere Arbeiten, Förderung des allgemeinen Wohls, Verbesserung auf allen Gebieten. Frankreich hat sich zur Republik bekannt, aber es will, daß dieselbe gemäßigt sei, daß sie versöhnend wirke. Von einer Durchsicht, d. h. Veränderung der Verfassung, will es Nichts wissen. Werden die neuen Abgeordneten dem Verlangen ihrer Wähler entsprechen? Es giebt viele Leute, die das bezweifeln. Die Republikaner sind noch so uneinig und so gespalten wie je. Das alte Spiel kann, sobald sich die Republikaner nicht von einem neuen Geiste durchdringen lassen, jeden Tag sich erneuern. Denn nur in einem Stücke unterscheidet sich die neue Kammer von ihrer Vorgängerin: Die Gruppe von Boulangisten, die in der vorigen Kammer kaum ein Dutzend Vertreter zählte, ist auf etliche 50 gestiegen und zwar gleichmäßig auf Kosten der Republikaner wie der Monarchisten. Haben nun die Boulangisten einige Aussicht auf Erfolg? Der Boulangismus ist so oft schon todt, mausetodt gesagt worden, und er hat trotzdem immer wieder Beweise seines Daseins gegeben, daß man gegen die neuerlichen Versicherungen: nun sei es aber wirklich aus mit ihm, etwas mißtrauisch wird. Boulanger selbst erscheint nicht gerade gefährlich. Er bleibt vorsichtig weit vom Schusse. Natürlich muß er sich bei der Kammereröffnung mit einem „Manifeste" einstellen. In seiner neuesten Schreibübung erklärt der Mannheld, daß seine Partei den Kampf um die Festigung „der volksthümlichen Republik" unermüdlich fortsetzen werde. Er will in und außerhalb der Kammer die „Unfähigkeit und Verkommenheit" des Parlamentarismus nachweisen; er selbst bleibe einstweilen noch in der Verbannung, doch erklärt er sich bereit, alle Gefahren auf sich zu nehmen. Dieser Schlußsatz wirkt umso komischer, als es auch seinen Anhängern an Muth gebricht, Gefahren zu bestehen. Alle die Drohungen, daß die Boulangisten bei der Eröffnung der Kammer unruhige Straßenauftritte hervorrufen würden, haben sich als eitel Flunkereien herausgestellt. Die Boulangisten haben einen höllischen Respekt vor der Polizei. Mehrere Parteiversammlungen, die sie auf die letzten Tage anberaumt hatten, kamen gar nicht zu Stande, weil sich in der Nähe der Versammlungsorte verdächtige Gestalten, d. h. Polizeibeamte blicken ließen. So unterblieb denn auch der große Massenzug, der von 5 verschiedenen Stadtvierteln aus bis zum Eingang der Deputirtenkammer geplant war, um einen Protest gegen die Ausschließung Boulangers zu überreichen. Die Regierung hatte genügende Vorsichtsmaßregeln getroffen und hielt einige Regimenter in den Kasernen beisammen. Daraufhin gab der Hauptausschuß der Boulangisten ihnen selbst den Rath, sich einstweilen aller öffentlichen Kundgebungen zu enthalten. So ging denn Alles in Ruhe vor sich. Natürlich fehlt es bei einem solchen Ereigniß, wie eine Kammereröffnung, nicht an Neugierigen und Gaffern. Man begrüßte die ankommenden Abgeordneten und Minister je nachdem mit Hochrufen oder Verhöhnungen. Daher ließen die Boulangisten den Revanchemann Deroulede hochleben und schleuderten dem Minister Constans Verwünschungen zu. Die Republikaner beobachteten das entgegengesetzte Verfahren. Zu Schlägereien kam es jedoch nicht.

Die Kammer selbst hat Floquet mit der stattlichen Mehrheit von 347 Stimmen zum Präsidenten gewählt. Diese Wahl, sowie die der übrigen Bureaumitglieder ist nur vorläufig; erst müssen die Wahlprüfungen vorüber sein, dann konstituirt sich die Kammer endgiltig. Doch erwartet man allgemein die Bestätigung der vorläufigen Wahl. Das Ministerium reicht, dem Herkommen gemäß, seine Entlassung ein, doch zweifelt man ebensowenig an seiner Wiedererneuerung. Die jetzige Tagung der Kammern ist eine außerordentliche; nach der Verfassung währt sie nur bis zum 2. Dienstag des Januar. Dann geht die Kammer auseinander, jedoch nur, um kurze Zeit nachher zur ordentlichen Tagung wieder zusammenzutreten. Eines der unbedingt bis zu Neujahr zu erledigenden Geschäfte der Kammer ist — die Entscheidung, was mit der Zündhölzchenfabrikation geschehen soll. Die Erzeugung von Zündhölzchen ist in Frankreich Staatsmonopol und dieses läuft mit Neujahr ab. Somit brauchte die Kammer erst Mitte Januar zusammen zu kommen. Es ist aber in Frankreich soviel Zündstoff aufgehäuft, daß es auch ohne diese Hölzchenfrage jetzt nicht an hitzigen Erörterungen fehlen wird. Daß an den inneren Kämpfen Frankreichs unbetheiligte Ausland, insonderheit Deutschland, hat nur den Wunsch, daß die Stimme der Vernunft und Mäßigung zu Gehör kommt. Und zwar überall! Wir wissen, daß die überwiegende Mehrheit der Franzosen, gleich uns, aufrichtig die Erhaltung des Friedens wünscht. Wir wissen aber auch aus der Geschichte und Erfahrung, wie leicht es in Frankreich ist, die Volksleidenschaften aufzuregen, zu erhitzen und fortzureißen. Nur zu oft hat sich in Frankreich eine kleine Minderheit ehrgeiziger, gewissenloser Politiker der Staatsgewalt bemächtigt und die große Mehrheit des Volks wider seinen Willen auf die Bahn der Abenteuer gerissen. Zwei so hochstehende und freiheitliebende Kulturvölker, wie das deutsche und das französische, die sich in ihren Eigenarten so glücklich ergänzen, haben, weiß Gott! edlere Aufgaben, als sich zur Freude und zum Vortheil des Barbarenthums gegenseitig zu zerfleischen oder durch Ueberbietung von Rüstungen zu entnerven. Deutschland und Frankreich einig — könnten Europa Gesetze vorschreiben. Doch, ach! wie weit sind wir noch von diesem schönen Ziele entfernt? Deutschlands Schuld ist es nicht. So bleibt bei der Eröffnung der neuen Kammer Frankreichs uns nur der eine Wunsch: Möge der gesunde Menschenverstand bei den Franzosen die Oberhand behalten und sich der Verführungskünste zu erwehren wissen!

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 14. November.

Berlin. Im Reichstage theilte Präsident v. Levetzow das gestern Abend erfolgte Ableben des Abg. v. Ludwitz mit. Derselbe wohnte noch den letzten Sitzungen frisch und rüstig bei. Das Haus ehrte das Andenken des Verblichenen durch Erheben von den Plätzen. Dann wurde die Etatsberathung beim Etat des Rechnungshofes fortgesetzt. Richter (freis.): So wichtig die Schaffung eines verantwortlichen Reichsfinanzministers auch sei, so sei doch die Einsetzung eines eigenen Rechnungshofes für das Deutsche Reich nicht minder wichtig. Das jetzige Verhältniß — die preußische Oberrechnungskammer fungirt als Rechnungshof des Reiches — sei von vornherein als provisorisches betrachtet worden. Im Laufe der Jahre hätten sich mangels ausreichender gesetzlicher Grundlagen große Mißstände in die Verwaltung eingeschlichen. Redner beantragt schließlich Vorlegung eines Gesetzentwurfs, betreffend die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reiches im nächsten Reichstage. — v. Benda (nat.) erklärt sich mit dem Antrag einverstanden, jedenfalls sei die Sache der Prüfung werth. — Staatssekretär v. Maltzahn: Die Sache sei bereits früher erörtert; als aber die verbündeten Regierungen dem Reichstage eine bezügliche Vorlage machten, ergaben sich Punkte, über welche eine Verständigung nicht möglich war. Komme eine solche jetzt zu Stande, so wurde das den verbündeten Regierungen nur angenehm sein. Es stehe dem Hause frei, nun seinerseits einen Gesetzentwurf einzubringen. — Richter (freis.): Die verbündeten Regierungen müssen in der Lage sein, ihre Verwaltungsprinzipien festzunageln zu fixiren, als er es vermöchte. — v. Helldorf (kons.) wünscht wenigstens eine Andeutung über die Richtung, in welcher sich der verlangte Gesetzentwurf bewegen soll. Der Antrag Richter wird an die Rechnungskommissionen verwiesen und der Etat des Rechnungshofes genehmigt. Dann wird die Berathung des Etats des Innern fortgesetzt. — Frohme (Soz.) bemängelt, daß die Berichte der Fabrikinspektoren über die Anwendung des Truckystems in den Fabriken nicht erschöpfend seien. Die Regierung stehe allen Arbeiterbewegungen feindlich gegenüber, da eine Grenze zwischen erlaubten und unerlaubten Agitationen nicht mehr gemacht werde. — Staatssekretär v. Bötticher: Das Truckystem komme hauptsächlich bei der Hausindustrie vor, welche sich der Kontrole der Fabrikinspektoren entziehe. Was bei der Arbeiterbewegung erlaubt und nicht erlaubt sei, sei in jedem Einzelfall zu entscheiden. Wenn Streiks dazu benutzt würden, die Arbeiter gegen die Arbeitgeber aufzuhetzen, so müßten solche Agitationen unterdrückt werden. — Dr. Baumbach (freis.) befürwortet seinen Antrag auf Vorlegung einer Gewerbeordnungsnovelle, betreffend die weitere Ausbildung der Arbeiterschutzgesetzgebung in Anlehnung der Frauen- und Kinderarbeit. — v. Stumm (Reichsp.) beantragt Ausdehnung des vorliegenden Gesetzentwurfs auf die Sonntagsarbeit. — Dr. Baumbach widerspricht Dr. v. Frege, der neulich das Verhältniß zwischen Arbeitern und Arbeitgebern in Sachsen als ein gutes schilderte. Die Wahlstatistik ergebe eine rapide Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen in Sachsen. Streiks seien jedenfalls bedenklich, doch sei die Haltung der Arbeiter im Allgemeinen eine besonnene und ruhige gewesen. Einzelne Ausschreitungen kämen auf Rechnung junger unreifer Burschen. Abhilfe könnte vielleicht durch Schiedsgerichte geschaffen werden. Dagegen sei für ihn die Frage wegen Bestrafung des Kontraktbruchs, wie sie Oechelhäuser in der Presse angeregt, nicht diskutabel. Ob die Leitung eines Streikes von einer parteipolitischen Führung ausgehe oder nicht, könne für die Berechtigung des Streikes nicht entscheidend sein. Für die Einsetzung gewerblicher Schiedsgerichte empfehle sich reichsgesetzliche Regelung. Das zeige sich besonders jetzt wieder bei dem Beschlusse der Berliner Stadtverwaltung bezüglich der Einführung eines gewerblichen Schiedsgerichtes, welcher die Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde erlangte, da diese Bedenken gegen das Stimmrecht der weiblichen Arbeiter hatte. In Frankfurt a. M. bestehe dies aber. — Staatssekretär v. Bötticher kündigt die Einbringung eines Gesetzentwurfs betr. die Gewerbe-Schiedsgerichte für die nächste Zeit an. Was die Arbeiterschutzanträge betreffe, so liege kein neues Moment vor, welches den Bundesrath veranlassen könne, von seiner früheren Stellung abzugehen. Schlichtung von Streikangelegenheiten könnte auch heute schon durch die Fabrikinspektoren erfolgen, wenn diese von betheiligter Seite angerufen würden. Erfreulich sei der relative Rückgang der Zahl der jugendlichen Arbeiter. — Freiherr v. Stumm (Reichsp.): Die Baumbach'schen Anträge schössen über das Ziel hinaus, wenn man auch prinzipiell mit denselben einverstanden sein könnte. Eine weitere Beschränkung der Fabrikarbeiterinnen sei bedenklich. Die Fabrikarbeit sei lange nicht so schwer, als beispielsweise die Frauenarbeit in der Landwirthschaft. Die heutigen Zustände seien für die Arbeiterinnen noch tausendmal günstiger, als sie nach dem Antrage Baumbach's sein würden. Zur Zeit sei es im Wesentlichen nur nöthig, den Arbeitern die Sonntagsruhe zu sichern. — Frhr. v. Franckenstein erklärt, daß das Centrum für den Antrag Baumbach nicht stimmen könne, da es selbstständige Anträge hinsichtlich des Arbeiterschutzes eingebracht habe. — v. Oechelhäuser (nat.-lib.) bedauert die Erklärung des Staatssekretärs hinsichtlich des Arbeiterschutzes. Für eine Regelung der Lohndifferenz durch staatliche Organe oder Beamte könne er sich nicht erklären. Bei den nächsten Wahlen dürfte kein Kandidat gewählt werden, der nicht verspreche, unentwegt für den Arbeiterschutz einzutreten. — Dr. v. Frege (kons.) erklärt sein Einverständniß mit den Arbeiterschutz-Anträgen einschließlich der von v. Stumm beantragten Erweiterung. Auch er beklagt die ablehnende Haltung der Regierung, die lediglich der Sozialdemokratie zu Gute komme. — Weiterberathung morgen.

Berlin. Das Kaiserpaar trifft morgen früh 8 Uhr in Potsdam ein. Am 21. d. M. begiebt sich der Kaiser nach Letzlingen, wo größere Hofjagden stattfinden. Die Kommission des Reichstages zur Vorberathung der Bankgesetznovelle hat den Antrag auf Verstaatlichung der Reichsbank gegen 3 Stimmen abgelehnt. Graf Mirbach beantragt, die Vorzugs-Dividende der Antheilseigner von 3½ auf 3 Prozent herabzusetzen und den Rest zu gleichen Theilen an das Reich und die Antheilseigner zu vertheilen, soweit die Gesammt-Dividende der Letzteren nicht 4 Proz. (anstatt 6 Proz. nach der Vorlage) übersteigt. Gamp beantragt eine anderweite Organisation des Centralausschusses, wonach 6 Mitglieder und 6 Stellvertreter aus den Kreisen der Industrie und Landwirthschaft ernannt werden sollen. — Die Budgetkommission des Reichstages genehmigte das Ordinarium des Marineetats. Staatssekretär Hausner gab zu, daß bei der Verwaltung der Materialien allerdings Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien. Die Sache sei aber vielfach übertrieben worden. Da sie gegenwärtig bei den Gerichten anhängig sei, könnte Näheres darüber jetzt nicht mitgetheilt werden. — In der Kommission für das Sozialistengesetz brachte Rintelen einen neuen Entwurf ein über die Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauches des Versammlungs- und Vereinigungsrechtes. — Der Bundesrath überwies den zweiten Nachtrags-Etat für 1889/90 dem Rechnungsausschuß und verlieh der Kameruner Land- und Plantagen-Gesellschaft die in § 8, betreffs der Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete bezeichneten Rechte.

Berlin. Die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft dementirt, daß sie die Magazine im Zollhause zu Sansibar aufgegeben habe.

Hanau. Auf der königlichen Pulverfabrik hat eine Explosion des Patronensaales stattgefunden. 8 Personen wurden dabei getödtet, 28 verwundet.

Innsbruck. Das deutsche Kaiserpaar ist mit dem Hofzuge Mittags hier eingetroffen. Kaiser Franz Josef, in der Uniform seines Tiroler Kaiser-Jägerregimentes, erwartete die Ankunft auf dem Perron. Die Majestäten begrüßten sich in der herzlichsten Weise. Kaiser Franz Josef sprang die Stufen des Waggons hinauf und umarmte und küßte Kaiser Wilhelm wiederholt. Hierauf küßte er der Kaiserin Augusta Viktoria die Hand und begab sich im lebhaften Gespräche mit dem hohen Herrscherpaare in das Innere des Coupees. Nach einiger Zeit zog sich die Kaiserin zurück und die beiden Monarchen blieben in eifrigster Unterhaltung allein. Beim Eintreffen des Hofzuges brach das zahlreich angesammelte Publikum in lebhafte Hochrufe aus, die sich immer wieder erneuerten.

Pest. Der Diener des verstorbenen griechisch-orientalischen Patriarchen Angyelles in Kaclowitz sagte vor Gericht aus, daß der Hofkaplan des Verstorbenen, Lamaics, und sein Genosse, den Patriarchen, als derselbe im Sterben lag, erwürgt hätten, um ihn ungehindert plündern zu können.

Die **Berliner Börse** zeigte heute große Zurückhaltung. Die ersten Course stellten sich fast durchweg niedriger. Später besserte sich die Stimmung etwas, Banken waren Anfangs matt, erholten sich aber im weiteren Verlaufe vorübergehend regeren Verkehrs. Für Eisenbahnen bestand kein Interesse. Deutsche waren fast unverändert, österreichische abgeschwächt, besonders Tuxer. Fremde Renten waren still und schwächer, auch Bergwerke waren anfangs sehr ruhig, später vollzog sich aber auf diesem Gebiete eine Befestigung, die sich auch auf andere Gebiete übertrug, aber nicht bis zum Schlusse anhielt. Im Kassaverkehre waren Banken ziemlich behauptet, österreichische Bahnen meist fest, deutsche Bahnen, Industriepapiere, deutsche Fonds und österreichische Prioritäten abgeschwächt. Privatdiskont 5 Proz. Nachbörse still. — Wetter: Vorwiegend heiter mit schwachen südöstlichen Winden.

Frankfurt a. M. (Abends.) Credit 263,10. Staatsb. 207,10. Lomb. 111,40. Galizier —,—. Egypter 92,50. Ungar. Gold. 81,25. Disconto 236,80. Dresdn. St. 171,60. Laura —,—. Gelsenkirchen —,—. Ziemlich fest.

Wien. (Abends.) Credit 311,15. Staatsbahn 279,00. Lombarden 131,75. Nordwest 190,80. Marknoten 58,47½. Ung. Credit 330,75. Fest.

Paris. (Schluß.) Rente 87,45. Anleihe 105,10. Italiener 94,10. Staatsbahn 525,00. Lombarden 288,75. do. Prioritäten —. Spanier 74½. Egypter 469,62. Ottomanen 543,75. Goldrente 65,00. Fest.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per Novbr. 22,25, per März-Juni 22,25, behauptet. Spiritus per November 31,00, per Mai-August 30,75, matt. Rüböl per November 75,75, per März-Juni 75,00, fest.

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per Novbr. 188, per März 198. Roggen per März 146, per Mai 146.

Oertliches und Sächsisches.

— Se. Majestät der **König** und Se. Königl. Hoheit Prinz Georg begaben sich gestern mit mehreren Cavalieren zur Jagd auf Wachwitzer Revier. Das Diner ward in der Villa zu Strehlen eingenommen.

— Die Abreise der **Königl. Majestäten** nach Sibyllenort erfolgt heute Mittag ¾12 Uhr direkt von Strehlen aus.

Dresdner Kokerei (Gebr. Stand, Bankstr. 41/42).
Vollständig, Koaks, Schlag-Schaum, Stückerstück, Asche und Anzahl täglich 9 Mal frei in's Haus.